

Gigantisches Schadstoff-Problem

Deutschland hat sich bei Ammoniak-Ausstoß um Hunderttausende Tonnen verrechnet – Grüne alarmiert

Von Dirk Fisser

OSNABRÜCK. Deutschland hat sich verrechnet. Nicht nur ein bisschen, sondern gleich um mehrere Hunderttausend Tonnen. Grenzwerte rücken damit in weite Ferne. Die Grünen im Bundestag sind fassungslos. Und auch mit der EU-Kommission könnte es Ärger geben.

550 000 Tonnen sind die magische Grenze. So groß darf die Menge des klimaschädlichen Ammoniaks sein, das pro Jahr seinen Weg in die Umwelt in Deutschland findet. Die Jahreswerte, die die Bundesregierung in der Vergangenheit an die Europäische Kommission meldete, lagen teils mehrere Tausend Tonnen über diesem Wert. Unter anderem mit der geplanten Novellierung der

Düngeverordnung sollte das Problem in den Griff bekommen werden. Schließlich gilt die Landwirtschaft als Hauptverursacher.

Doch dann das: Ende Dezember 2014 übermittelte die Bundesregierung aktualisierte Ausstoßmengen nach Brüssel. Für die Jahre 2010, 2011 und 2012 korrigierte Berlin die Emissionen um rund 100 000 Tonnen nach oben. Pro Jahr. Und für 2013 wurden sogleich 671 000 Tonnen Ammoniak angezeigt. Das geht aus einem Antwortschreiben des Bundesumweltministeriums auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor.

Gleich mehrere Gründe werden darin angeführt, warum man sich derart verschätzte: Unter anderem war in Berlin wohl mit zu niedrigen Zahlen im Geflügelmast-

bereich gerechnet worden. Wo weniger Hähnchen, dort natürlich weniger ammoniakhaltiger Mist.

Zudem, so schreibt das Ministerium, seien besonders die Emissionsfaktoren für die Ausbringung von Harn-

*„Düngeverordnung
jetzt schnell auf
den Weg bringen“*

**Jochen Flasbarth,
Umwelt-Staatssekretär**

stoffdüngemittel modifiziert worden. „Die Berechnungen sind dem Stand der Wissenschaft angepasst worden. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall“, räumt ein Ministeriumssprecher ein. Und siehe da: Plötzlich waren es dann die besagten 100 000 Tonnen Ammoniak mehr pro Jahr.

„Dass die Lage so dramatisch ist, hatte sich keiner ausgemalt“, sagt Bärbel Höhn. Die Grünen-Politikerin ist Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag. Sie fordert umgehend Aufklärung darüber, was die Bundesregierung seit Dezember unternommen hat, um die vereinbarte Höchstgrenze einzuhalten. „Jetzt ist klar, dass viel konsequentere Maßnahmen zur Emissionsminderung ergriffen werden müssen.“

Bei der EU-Kommission bestätigt eine Sprecherin, dass Deutschland neben Dänemark, Finnland und Spanien zu den Ländern mit einem Ammoniak-Problem gehört. Brüssel „hat die betroffenen Staaten angeschrieben und um Erklärung zu den erhöhten Werten und Gegenmaßnahmen gebeten.“ Über-

zeuge die Antwort nicht, könne ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland vorangetrieben werden, heißt es vonseiten der Kommission.

Die Grünen im Bundestag jedenfalls sehen sich durch die neuen Zahlen in ihrer kritischen Haltung gegenüber der intensiven Landwirtschaft bestätigt: In den viehdichten Regionen Deutschlands lebten zu viele Tiere, die Geflügelbestände beispielsweise seien in den vergangenen Jahren regelrecht explodiert. „Das halten die Ökosysteme nicht länger aus. Wir brauchen dringend eine Rückkehr zu einer flächengebundenen Tierhaltung“, so der agrarpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Friedrich Ostendorff.

Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth sagt: „Der

Handlungsbedarf ist offensichtlich.“ Die Bundesregierung sehe sich auf Basis der Neuberechnungen bestärkt darin, „die Düngeverordnung jetzt schnell auf den Weg zu bringen und so zu gestalten, dass die Landwirtschaft die Ammoniak-Emissionen nachhaltig absenkt“. Der entsprechende Entwurf der Novellierung befindet sich derzeit in der Reformabstimmung. Bis sie in Kraft tritt, kann also noch einige Zeit vergehen.

Laut Umweltbundesamt verursacht jedes Kilo ausgestoßenes Ammoniak 27 Euro Umweltkosten. Der Schadstoff stammt zu großen Teilen aus der Tierhaltung und trägt zur Versäuerung von Böden und Gewässern bei.

 **Agrarbranze im Blick:**
noz.de/landwirtschaft